

Die Hartz-Gesetze müssen weg!

Ist die Optionskommune eine Alternative?

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch die Hartz-Gesetze wurden vor fünf Jahren die Arbeitsagentur und die Kommunen zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Arbeitslosenversicherung sollte mit den Kommunen bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen zusammen arbeiten. Die CDU setzte in dem von SPD und Grünen eingebrachten Gesetz durch, dass die Aufgaben des Gesetzes auf Wunsch („optional“) auch von Kommunen allein wahrgenommen werden konnten. 69 Städte und Kreise beantragten die alleinige Betreuung der Langzeitarbeitslosen und wurden zu „Optionskommunen“. Deren Langzeitarbeitslose sind seither in keiner Statistik mehr erfasst. Die anderen Städte und Kreise bildeten Arbeitsgemeinschaften, die sogenannten ARGEN, in denen Arbeitsagentur und Kommunen gemeinsam für die Umsetzung von Hartz IV verantwortlich sind.

Das Gesetz ist nicht nur entrechtend und entwürdigend für die Betroffenen, es ist auch noch schlecht gemacht. 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die Mischverwaltung der Argen für verfassungswidrig erklärt. Sie müssen bis Ende 2010 aufgelöst und eine neue Organisationsform gefunden werden. Viele Stadträte, unter anderem in Bielefeld, überlegen jetzt, auch Optionskommune zu werden.

Haben „Optionskommunen“ Vorteile oder mehr Nachteile? Was bedeutet es, wenn auch Arbeitsvermittlung und Weiterbildung von der Kommune erledigt werden sollen? Löst die „Optionskommune“ die Probleme von Hartz-IV oder schafft sie neue?

In der Veranstaltung wollen wir die Positionen, die von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen und der LINKEN entwickelt wurden, vorstellen und diskutieren. Anschließend gibt es einen kleinen Imbiss.

**Sonntagsmatinee
mit den Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion,
Inge Höger und Kornelia Möller**

**Sonntag, den 7. Februar 10, 11-14 Uhr in der
August-Bebel-Str. 126 in Bielefeld**